

Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) e.V.
Muldentalstr. 61, 09623 Rechenberg-Bienenmühle

Datum: 07.12.2025

Vorgangsnummer: 2025-12-002

Ansprechpartner: Matthias Müller

Pressemitteilung

e-Mail: info@bv-landschaftsschutz.de
Internet: www.bv-landschaftsschutz.de

Offener Brief des Bundesverbandes Landschaftsschutz (BLS) e.V. an alle Kreistage, Oberbürgermeister, sowie Stadtratsfraktionen im Freistaat Sachsen

Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) e.V. fordert sofortigen Genehmigungsstopp für Windenergieanlagen in Sachsen – Planungsverbände überlastet, Energiewendepolitik in der Kritik

Der Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) e.V. hat sich in einem offenen Brief an alle Landräte und Fraktionsvorsitzenden der sächsischen Kreistage, sowie an die Oberbürgermeister und Stadtratsfraktionen der kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz gewandt und fordert einen sofortigen Genehmigungsstopp für neue Windenergieanlagen im Freistaat Sachsen. Hintergrund ist die massive Welle von Bauanträgen, die laut BLS eine geordnete und rechtssichere Planung unmöglich macht. Der Verband verweist auf eindeutige Signale aus den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen, deren Kreistage bereits entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst haben. Auch Vertreter der Planungsverbände hätten offen bestätigt, dass die Behörden angesichts der Rekordantragszahlen überfordert und faktisch handlungsunfähig seien. Zudem kritisiert der BLS die derzeitige Energiepolitik als einseitig und riskant: Mehrere Akteure – unter anderem Ministerpräsident Kretschmer, sächsische Landräte, Vertreter von Energieversorgern und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) – warnen vor Instabilität der Netze, enormen Zusatzkosten und den wirtschaftlichen Risiken eines unkontrollierten Ausbaus. Die DIHK schätzt die Energiesystemkosten auf 4,8 bis 5,4 Billionen Euro für die nächsten Jahre.

In dem Offenen Brief fordert der BLS daher:

- Ein flächendeckendes Moratorium für Windenergieanlagen nach dem Vorbild von Leipzig und Mittelsachsen
- Stärkung der Planungshoheit und Entlastung der überforderten Regionalplanungsverbände
- Abschaffung des EEG, da es nach Einschätzung des Verbandes zu Fehlanreizen, Kostenexplosionen und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führt
- Schutz von historisch gewachsenen Kulturlandschaften und öffentlicher Sicherheit

Der BLS sieht die Verantwortung nun bei den gewählten Kreistagen, sowie Stadtgremien der kreisfreien Städte. Nur ein gemeinsamer, landesweiter Beschluss könne ein notwendiges politisches Signal setzen

und die Grundlage für eine technologieoffene, stabile und wirtschaftlich tragfähige Energiepolitik schaffen.
Das Schreiben ist nachzulesen unter der Webseite des Bundesverbandes Landschaftsschutz (BLS) e.V.:
<https://t1p.de/u1lez>; <https://t1p.de/rfn64>

Mit freundlichen Grüßen



Matthias Müller
Mitglied des Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) e.V.